


Helvetische Bank
 Die Bank für Unternehmer
 Seefeldstrasse 215, 8008 Zürich
 Tel. 044 204 56 00
 www.helvetischebank.ch

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik <i>Eine Replik auf Regierungsrat Neukom von Therese Schläpfer</i> Seite 2	Kanton Zürich <i>Die Kriminalität nimmt zu von Nina Fehr Düsel</i> Seite 3	Aktuell <i>Irreführende Politikbegriffe von Reinhard Wegelin</i> Seite 4–5	Parlamentsgemeinden <i>SVP als letzte Instanz der Steuerzahler von Roger Bartholdi</i> Seite 6	Veranstaltungs-Tipp <i>1.-August-Feier mit Gregor Rutz in Teufen</i> Seite 8
---	---	---	---	---

KANTONALE DELEGIERTENVERSAMMLUNG AM 11. JULI 2023 IN ZÜRICH

Es braucht andere Leute in Bern – das ist der Sinn der Wahlen!

Die Sommer-Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich stand ganz im Zeichen der Wahlkampf vorbereitungen mit Reden von Ständeratskandidat Nationalrat Gregor Rutz und Alt-Bundesrat Dr. Christoph Blocher. Vorgängig wurden auch zwei Abstimmungsparolen gefasst.

Über 200 Delegierte der SVP Kanton Zürich wurden am 11. Juli 2023 von der Gastgeberin, der Präsidentin der Stadtpartei, Camille Lothe, empfangen. Im Anschluss richtete die Nationalrätin und Ständeratskandidatin der FDP, Regine Sauter, das Grusswort an die Delegierten, die sich an diesem sommerlichen Julitag in Zürich-Altstetten einfanden. Sie lobte die Listenverbindung und bekundete, sie freue sich auf einen erfolgreichen gemeinsamen Wahlkampf mit Gregor Rutz im Herbst. An-

schliessend sprach Kantonalpräsident Domenik Ledergerber zu den Delegierten. Er mahnte, dass man sich von den Umfragen nicht blenden lassen dürfe. Aus zu viel Optimismus könne rasch Enttäuschung werden. «Jeder einzelne Mandatsträger, jede Sektion und jedes Mitglied müssen jetzt alles geben, um die Wahlen im Herbst zu gewinnen und eine bürgerliche Wende herbeizuführen.» Nach seinen Ausführungen ging es weiter mit der Parolenfassung zu zwei kommenden kantonalen Ab-

stimmungen, die voraussichtlich im Frühjahr 2024 an die Urne kommen werden.

NEIN zum Seeuferweg

Kantonalparteipräsident Domenik Ledergerber erläuterte, weshalb es ein NEIN zur schädlichen Uferinitiative braucht.

Der Kantonalvorstand hat an seiner Sitzung vom 20. Juni 2023 einstimmig die NEIN-Parole zuhanden der Delegiertenversammlung beschlossen. Die Delegierten folgten diesem Antrag ebenfalls einstimmig. Die Uferinitiative schadet Umwelt und Tieren und ist enorm teuer. An der Seepromenade zeigt sich, dass das Littering- und Lärmproblem nicht gelöst ist. Auch die Enteignungen, die zwingende Folge der Initiative wären, verletzen rechtsstaatliche Grundsätze.

JA zu den Pistenverlängerungen

Als Nächstes standen die Pistenverlängerungen auf der Traktandenliste. Nach einem Referat von Alt-Kantonsrat und Vorstandsmitglied bei Pro Flughafen, Christian Lucek, folgte eine kontradiktorische Auseinandersetzung. SVP-Kantonsrat Ueli Bamert vertrat dabei die Ja-Seite, während Kantonsrat Florian Meier von den Grünen für ein Nein eintrat. Die respektvolle Diskussion und der warme Applaus am Schluss spiegelten den Geist der Schweizer Konkordanzdemokratie vorbildlich. Der Kantonalvorstand hat an der Sitzung mit 33 Ja- zu 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen die JA-Parole zuhanden der Delegiertenversammlung beschlossen. Die Delegierten folgten den Befürwortern grossmehrheitlich und fassten mit 163 Ja- zu 19 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen den Entschluss, die Pistenverlängerungen zu unterstützen.

Parlamentsgemeinden

SVP als letzte Instanz der Steuerzahler von Roger Bartholdi
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp

1.-August-Feier mit Gregor Rutz in Teufen
Seite 8

BUNDESFEIERTAG

Redaktion und Verlag wünschen allen Leserinnen und Lesern einen schönen 1. August!

Über die Nachhaltigkeitsinitiative, die am 4. Juli national lanciert wurde und bei der die SVP des Kantons Zürich die Leitung übernommen hat, informierte anschliessend Nationalrat Thomas Matter.

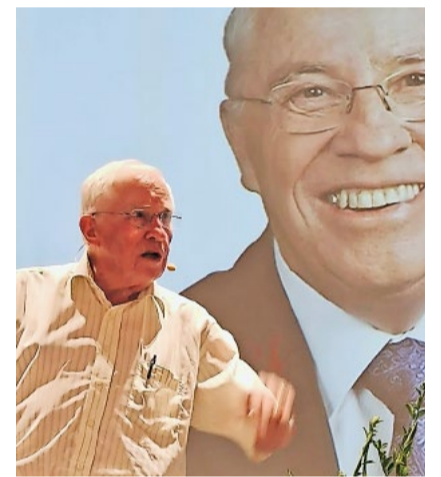
Es braucht eine bürgerliche Wende im Herbst

Ständeratskandidat Nationalrat Gregor Rutz rief die Anwesenden auf, einen engagierten Wahlkampf zu führen. Eine bürgerliche Wende im Herbst sei dringend notwendig – die SVP habe es in der Hand.

«Wir müssen die linke Abbruchpolitik an unserem Land stoppen. Die Listenverbindung mit der FDP hilft mit, dass die Stimmen im bürgerlichen Lager bleiben und keine Stimmen an die Linken verloren gehen.»

Es braucht in Bern andere Leute. Das ist der Sinn der Wahlen!

Alt-Bundesrat Dr. Christoph Blocher betonte in seiner fulminanten Rede, wie die SVP in allen wichtigen Fragen der Gegenwart Recht behalten hat. «Wir wollen keine deutsche Energiepolitik und wir wollen keine französische Migrationspolitik.»



Alt-Bundesrat Dr. Christoph Blocher unterstrich die Wichtigkeit der Mobilisierung für die Wahlen im Herbst 2023. Bild: Christian Mettler

Die Beispiele aus dem Ausland zeigen: Der Weg, den der Bundesrat einschlägt, führt ins Verderben. Es braucht in Bern andere Leute. Das ist der Sinn der Wahlen!» Die Delegierten liessen den Abend mit stehendem Applaus ausklingen.

Gegen 22.00 Uhr beendete Parteipräsident Domenik Ledergerber die Delegiertenversammlung. Die nächste ordentliche DV findet am Dienstag, 5. September 2023, in Pfäffikon statt.



Marco Calzimiglia
Parteisekretär
SVP Kanton Zürich



Über 200 Delegierte nahmen an der Versammlung in Zürich teil.

Bild: Christian Mettler

GOAL GLOSSAR
Mobilisierung
 Mobilisierung
 <lat.> mobilis – «beweglich», «biegsam»
 Damit unsere Kunden den grösstmöglichen Erfolg erzielen, muss die definierte Zielgruppe mobilisiert, also dazu bewegt werden, im gewünschten Sinne abzustimmen oder zu wählen. Deshalb sind unsere Kampagnen so gestaltet, dass sie den Adressaten bewegen und nicht spurlos an ihm vorbeigehen.
 Wir freuen uns auf Sie!
 Alexander Segert, Geschäftsführer
 8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00
 info@goal.ch, www.goal.ch
GOAL
 AG für Werbung und Public Relations
 Wir wollen Ihren Erfolg

Sichere Zukunft für Gewerbe und Mittelstand
 KMU geprüft KGV
Wieder in den Nationalrat
 Am 22. Oktober 2023
 2x auf Ihre Liste!
Bruno Walliser brunowalliser.ch
 bisher
 In den Ständerat: Gregor Rutz zusammen mit Regine Sauter
Liste 1 SVP

Christoph Blocher
 Tell-Spiele
 Musik
Mythos macht Mut
 Erleben Sie hautnah ein Stück Schweizer Geschichte!
Einladung
 zur Bundesfeier 31. Juli 2023, 14 Uhr
 Tellspielareal
 Matten bei Interlaken
 Bestuhlte Teltenterrasse
 QR-Code scannen
 und kommen
PRO Schweiz



Christoph Mörgeli

GLP ist Economie-suisse ist Operation Libero

Alexander Keberle nannte sich schon im zarten Alter von 24 Jahren «Jurist und Ökonom». Damals trat er für die FDP bei den Basler Grossratswahlen an. Mittlerweile ist Keberle 31-jährig. Und kandidiert für die Zürcher Grünliberalen für den Nationalrat. Diese Enthüllung des «Sonntagsblicks» ist insofern interessant, als Alexander Keberle gleichzeitig als Mitglied der Geschäftsleitung von Economie-suisse amtiert. Er leitet im Wirtschaftsdachverband die Bereiche Umwelt, Energie und Infrastruktur. Mit dem grünliberalen Bekenntnis des Economiesuisse-Mannes enthüllt sich die Politik dieses Wirtschaftsverbands zur Kenntlichkeit. Unterstützt er doch die Bundes-subventionen von vielen Milliarden zugunsten des Ersatzes von fossilen Energien. «Wir haben uns schon vor Jahren für Netto-Null ausgesprochen und waren damit der Politik voraus», prahlte Alexander Keberle im Namen von Economiesuisse in der «NZZ». Was Klima-Aktivist Reto Knutti fast wörtlich bestätigte: «Während die Politik stillstand, hat die Wirtschaft vorwärts gemacht.»

Unter dem Einfluss des Ex-Freisinnigen und Neo-Grünliberalen Alexander Keberle kam denn auch die Unterstützung der «Klimaschutzinitiative» durch Economiesuisse zustande. Eine planwirtschaftliche Vorlage, die mit Marktwirtschaft so viel zu tun hat wie ein Ochse mit einem Springpferd. Weshalb der Verbandspräsident Christoph Mäder den Verwaltungsrat der Ems-Chemie demnächst verlässt.

Die Akte Alexander Keberle macht klar: Die Grünliberalen bestimmen heute die ruinöse Energiepolitik von Economiesuisse. Sie haben den ordnungspolitisch einstramm freiheitlichen, staatskritischen Verband übernommen. Die GLP wiederum ist deckungsgleich mit der Operation Libero. Also jener Bewegung von Euroturbo, die uns auf direktem Weg in die EU führen will. Economiesuisse wird sich auch für die Landschaftsverschandelung durch massenhaft 220-Meter-Windräder aussprechen. An uns Bürgern liegt es jetzt, in den Gemeinden gegen diesen Irrsinn zu rekurrieren. Zum Glück haben wir eine fünfte Landessprache. Nämlich die Einsprache.

WINDIGE POLITIK

Lieber Herr Regierungsrat, wir lassen uns nicht einschüchtern – eine Replik Teil 1

Das Interview von Regierungsrat Martin Neukom im Tages-Anzeiger ruft nach einer Erwiderung. Seine Aussagen sind technisch und faktisch fehlerhaft und staatspolitisch bedenklich, weil Gemeinderechte ausgehebelt werden sollen.

Therese Schläpfer
Nationalrätin SVP
Hagenbuch

Letzten Freitag gab der grüne Baudirektor dem Tages-Anzeiger ein ausführliches Interview, in dem er den zahlreichen kommunalen Initiativen, die einen Mindestabstand der geplanten, gigantischen Windräder von Wohnbauten verlangen, eine Absage erteilte: «Solche Vorschriften würden das Ende der Windkraft in Zürich bedeuten.»

Ein unüberlegter Schnellschuss

Schon allein der Zeitpunkt der Veröffentlichung des Interviews zeigte die Geringschätzung des «Magistraten» gegenüber den Gemeinden – und damit vor allem der von seinen Ideen betroffenen Landbevölkerung. Denn kurz bevor Neukom sich im Interview ausbreiten konnte, musste sein Amt für Raumentwicklung in aller Eile ein Rundschreiben per Mail an alle Gemeindepräsidenten und Gemeindeglieder senden, um seinen Alleingang nicht in zu klar undemokratischem Licht erscheinen zu lassen. In dieser E-Mail steht in der Einleitung:

Der Baudirektor wird sich dazu in einem in Kürze erscheinenden Interview im Tages-Anzeiger äussern. Im Sinne einer Vorabinformation lassen wir Ihnen deshalb hiermit unsere Beurteilung zukommen. Aufgrund der Kurzfristigkeit der Information erhalten Sie diese ausnahmsweise per E-Mail.

Das heisst nichts anderes, als dass Neukom selbst nicht daran dachte, zuerst die Gemeindeverantwortlichen zu

informieren – und von seinen Beamten vor dem Fauxpas gerettet werden muss, dass die Gemeinden erst aus den Medien erfahren, dass sein Amt die Mitsprache der Gemeinden beschneiden möchte.

Neukom glaubt, mit seinen Juristen einen Weg gefunden zu haben, um die demokratischen Entscheide der Gemeindeversammlungen umstossen zu können. Da täuscht er sich wohl. Der Baudirektor scheint nervös geworden zu sein, weil in immer mehr Gemeinden Widerstand gegen seine Windpläne wächst. In Hagenbuch wurde ein Mindestabstand von 1000 Meter mit 80 % angenommen, in weiteren Gemeinden sind solche Einzelinitiativen eingereicht oder angekündigt. Es ging hier wohl um einen Schuss vor den Bug. Willfährig «schenkte» ihm der Tages-Anzeiger daraufhin ein ganzseitiges Interview mit schönem Föteli.

Rechtliche Fragen

Entgegen der Aussage unseres Baudirektors ist die Abstandsregelung keine Kompetenzüberschreitung der Gemeinde Hagenbuch. Denn im Bundesgerichts-urteil zum Fall Tramelan steht Folgendes in der Begründung:

«Soweit die Errichtung solcher Anlagen jedoch keiner bundesrechtlichen Verpflichtung entspricht (vgl. a contrario beim Mobilfunk ATF 01 II 141 Erwägungsgrund 245.7 und die dort angeführten Urteile), kann die Anwendung kommunaler Planungsvorschriften, die insbesondere dem Schutz der Einwohner dienen, nicht von vornherein abgelehnt werden.» Es geht dem Bundesgericht also um den Schutz der Einwohner. Somit ist das auch im Kanton Zürich gültig und notwendig. Als das Planungs- und Baugesetz (PBG) Mitte

der 1970er-Jahre geschrieben wurde, existierten noch keine modernen, industriellen Windkraftanlagen. Die heutigen, bis zu 280 Metern hohen und die Sicherheit der Einwohner gefährdenden Anlagen waren noch Science-Fiction. Wenn Neukom eine Deponie mit solchen Windkraftanlagen vergleicht, liegt er gleich mehrfach falsch, denn die Planung einer Deponie folgt scharfen Vorschriften. Zudem müssen für Deponien in aller Regel keine Bäume gefällt werden, und schliesslich bergen Deponien keine dieser gefährlichen Risiken mit plötzlicher Todesgefahr wie Eiswurf. Zur Anwendung kommen könnte auch der Paragraph 75 des kantonalen Planungs- und Baugesetzes. Hier wird darauf hingewiesen, dass ein Recht auf ungestörte Aussicht besteht:

«§ 75 Die Bau- und Zonenordnung kann für im Zonenplan bezeichnete Lagen Anordnungen treffen, welche die Aussicht oder die Sicht auf besondere Geländeformen sichern.»

Auch die Kantonsverfassung hält den Kanton an, den Gemeinden grösstmögliche Autonomie zu gewähren:

«Art. 1 Der Kanton anerkennt die Selbstständigkeit der Gemeinden.»

«Art. 85 Die Gemeinden regeln ihre Angelegenheiten selbstständig. Das kantonale Recht gewährt ihnen möglichst weiten Handlungsspielraum.»



Die Mindestabstandsregelung bewegt – auch das Staatsfernsehen berichtete.

Bild: SRF.ch

JURISTISCHE BETRACHTUNGEN

Windkraft: eine Stellungnahme der Baudirektion mit Fehlern

Die SVP hat in Hagenbuch, Hombrechtikon, Stäfa und Küsnacht Einzelinitiativen eingereicht, die einen Mindestabstand zwischen Windkraftanlagen und bewohnten Gebieten fordern. Der grüne Regierungsrat und Baudirektor Martin Neukom und sein Amt für Raumentwicklung behaupten nun in einer politisch motivierten Stellungnahme an Gemeinden, diese Initiativen seien nicht mit kantonalem Recht vereinbar. Ziel ist die Ungültigkeit der Initiativen. Ein nüchterner Vergleich dieser Stellungnahme mit dem Gesetz zeigt jedoch, wie konstruiert diese Stellungnahme ist. Die Initiativen sind gültig und dem Volk vorzulegen.

York-Peter Meyer
Finanzexperte
SVP Küsnacht

Das Bundesgericht hat entschieden

Das Bundesgericht hat in seinem Entscheid 1C_149/2021 entschieden, dass Gemeinden Mindestabstände zwischen Windkraftanlagen und bewohnten Gebäuden einführen können. In diesem Fall hat die Berner Gemeinde Tramelan einen solchen Mindestabstand in die kommunale Bauordnung eingefügt, weil der Bau einiger Windkraftanlagen geplant war. Der Kanton Bern wollte diese Bauordnung nicht für zulässig erklären, und das Bundesgericht hat der Gemeinde recht gegeben. Dieser Entscheid des Bundesgerichts ist noch kein Jahr alt.

Dazu hat Herr Neukom in einem Interview mit dem Tages-Anzeiger erklärt, der Entscheid sei auf baurechtliche Besonderheiten im Kanton Bern zurückzuführen. Dort sei, anders als im Kanton Zürich, erlaubt, solche Abstände festzulegen. Das ist jedoch nicht zutreffend. Erstens begründet das Bundesgericht seinen Entscheid mit übergeordneten Erwägungen, ohne diese angebliche Berner Besonderheit auch nur zu erwähnen. Zweitens enthält das Bauge-



Die Entscheide des Bundesgerichts in Lausanne gelten auch in Zürich. Bild: Wikipedia

setz des Kantons Bern keine besondere Regelung für Windkraftanlagen.

Klar ist, dass weder Kanton noch Gemeinden entgegen einem Urteil des Bundesgerichts eine Einzelinitiative für ungültig erklären dürfen und schon gar nicht aufgrund einer politischen Stellungnahme. Bundesrecht bricht kantonales Recht. Und im Übrigen stellt dieses Urteil hohe Anforderungen an Ungültigkeitserklärungen von Initiativen, was hier auch nicht beachtet wurde.

Kommunale Kompetenzen

Das Amt für Raumentwicklung versucht, sich auf das Planungs- und Baugesetz (PBG) des Kantons Zürich zu berufen. Es argumentiert, dass die Gemeinden an das kantonale Recht gebunden seien, soweit es ihnen nicht ausdrücklich Abweichungen gestatte (§ 45 Abs. 2 PBG). Genau dies ist jedoch der Fall: § 72 PBG erlaubt ausdrücklich Bauvor-

schriften, die von kantonalen Mindestabständen abweichen, und § 75 erlaubt den Gemeinden ausdrücklich Anordnungen, welche die Aussicht sichern. Offensichtlich können Windkraftanlagen von einigen hundert Metern Höhe die Aussicht beeinträchtigen. Und wie!

Auch heisst es, §§ 66 ff. PBG erlauben den Gemeinden nicht, zonenübergreifende Regelungen zu treffen – sind dann alle kommunalen Baubestimmungen für mehr als eine Bauzone ungültig? §§ 47 ff. PBG gestatteten es den Gemeinden ferner nicht, Abstandsregelungen ausserhalb von Bauzonen festzulegen. Diese Paragraphen enthalten jedoch keine entsprechenden Regelungen. Das Bundesgericht hat jedenfalls anders entschieden, wie oben geschrieben.

Richtplanung

Auch wird behauptet, die Gemeinden hätten die Richtplanung des Kantons

zu berücksichtigen. Es liegt jedoch kein Verstoß gegen die aktuell gültige Richtplanung vor.

Durchsichtiges politisches Manöver

Dass Herr Neukom im Interview behauptet, die Festlegung von Mindestabständen durch die Gemeinden sei gemäss Zürcher Gesetzgebung gar nicht zulässig, war zu erwarten. Jeder bringt sich in Position. Gerade darum sind Einzelinitiativen jetzt wichtig. Entschieden wird erst viel später im Kampf um die Öffentlichkeit und in den Gerichtssälen. Eine weitere Frage in diesem Zusammenhang ist, wie weit der windkraftbegeisterte Neukom noch gehen und wie hohe weitere Kosten für Studien er verursachen kann. Ein Entscheid des Gesamtregierungsrates liegt nämlich noch nicht vor. Liebe Gemeindebehörden, lasst Euch nicht ins Bockshorn jagen. Jede Abstandsregelung in der BZO ist ein Schutz vor Willkür – und zugleich ein Schutz für die Einwohner. So sagt es der Bundesgerichtsentscheid, welcher diesen Schutz ausdrücklich befürwortet. Kämpft darum für die Rechte Eurer Gemeinden und Bürger. Was man hat, das hat man – ein Mindestabstand ist das mindeste!

Die Fehler und Falschbehauptungen bei Martin Neukoms Windkraftplänen werden in Teil 2 der Replik von Therese Schläpfer aufgezeigt. Sie erscheint in der nächsten Ausgabe.

zu berücksichtigen. Es liegt jedoch kein Verstoß gegen die aktuell gültige Richtplanung vor.

Die Windkraftplanungen des Kantons sind nicht rechtsgültig verabschiedet und noch nicht einmal finalisiert. Die Gemeinden sind nicht an Eventualvorhaben von Herrn Neukom ohne Rechtskraft gebunden.

Angriff auf Gemeindeautonomie und direkte Demokratie

Herrn Neukoms Amt für Raumentwicklung behauptet ferner: «Dafür muss eine umfassende Interessenabwägung für ein konkretes Projekt und einen genauen Standort gemacht werden. Diese Abwägung kann offensichtlich nicht auf kommunaler Stufe in Unkenntnis des geplanten Projekts und des Standorts mit einer generellen Abstandsregelung gemacht werden.»

Es ist jedoch nicht einzusehen, weshalb auf kommunaler Stufe Unkenntnis über das geplante Projekt herrschen sollte, zumal Herr Neukom neulich in einem Interview mit dem Tages-Anzeiger festgestellt hat, dass die Gemeinden gut informiert werden. Und völlig absurd klingt die Behauptung, eine Gemeinde wäre in Unkenntnis eines Standorts auf ihrem eigenen Gebiet.

Eine solche Abwägung kann das Volk viel besser durchführen als Beamte oder Politiker.

Diese Behauptung ist weder mit Gemeindeautonomie noch mit direkter Demokratie vereinbar. Es ist anmassend, dass Herrn Neukoms Amt für Raumentwicklung dem Volk in den betroffenen Gemeinden eine solche Abwägung – «offensichtlich nicht» – nicht zutraut.

KRIMINALITÄT

Die Kriminalität nimmt zu – mit der Zuwanderung

Wie ein Blick in die Kriminalstatistik zeigt, hat die Anzahl Gewalt- und Tötungsdelikte gerade im Kanton Zürich stark zugenommen. Bei diesen Delikten sind viele Täter ausländischer Herkunft. Dazu kommen vor allem in der Stadt Zürich wiederholt Gewaltexzesse durch linke Chaoten, die sogar Polizisten und Sanitäter angreifen und hohe Sachschäden verursachen. Dies muss gestoppt werden.



Die Justizvollzugsanstalt Pöschwies in Regensdorf.

Bild: Wikipedia



Nina Fehr Düsel
Kantonsrätin SVP
Küssnacht

Die Jugendkriminalität ist zwar gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen. Schwere Gewaltdelikte wie Körperverletzung, Raub, sexuelle Nötigung und sogar versuchte Tötung haben dennoch zugenommen. Unter 18 Jahren gilt das Jugendstrafrecht mit Massnahmen, selbst in sehr schweren Fällen. Ich habe dazu zusammen mit Valentin Landmann eine Parlamentarische Initiative im Kantonsrat eingereicht, welche fordert, dass bei besonders schweren Delikten auch Erwachsenenstrafrecht angewendet werden kann und somit anstatt einer Schutzmassnahme auch eine Strafe mit Freiheitsentzug verordnet werden kann. Dies auch im Sinne der Abschreckung.

Importierte Kriminalität

Weit überproportional bei Gewaltdelikten vertreten sind Täter ausländischer Herkunft, gerade aus osteuropäischen Staaten, was die linken Politiker natür-

lich nicht wahrhaben wollen. Umso wichtiger ist es, daran festzuhalten, dass die Nationalität der Täter seitens der Polizei genannt werden muss, wie die SVP erfolgreich durchbringen konnte. Die Bevölkerung und die Opfer haben ein Anrecht auf diese wichtigen Informationen. Tatsache ist, dass in unseren Gefängnissen durchschnittlich 80 Prozent der Inhaftierten ausländischer Herkunft sind. Ihr Anteil ist vor allem bei Gewalt-, Tötungs- und Einbruchdelikten erschreckend hoch.

Zuwanderung bremsen

Um die importierte Kriminalität zu reduzieren, muss die illegale Zuwanderung gestoppt werden – einerseits durch strenge Grenzkontrollen und die konsequente Ausschaffung ausländischer Straftäter – andererseits durch die Begrenzung der Zuwanderung. Die soeben von der SVP lancierte «Nachhaltigkeits-Initiative» ist deshalb ein Muss. Auch im Strafrechtsbereich braucht es – nebst präventiven Massnahmen – wirksame Strafen. Das Strafmass muss durch die Richter ausgeschöpft und die Verfahren beschleunigt werden. Leider wird dies nicht immer gemacht, oder Täter werden sogar freigesprochen. Gerade vor wenigen Tagen war zu lesen, dass

SP-Oberrichter die beiden Klima-Kleber an der Bahnhofstrasse in Zürich freigesprochen haben. Dabei wäre sogar der Tatbestand der Nötigung erfüllt gewesen.

Anti-Chaoten-Initiative durchsetzen

Die unbewilligten Demonstrationen in Zürich vor allem an Samstagen häufen sich.

Wenn die rotgrüne Stadtregierung nicht die Rechtsordnung durchsetzt und wenn die Justiz nicht dafür sorgt, dass die verhafteten Linksextremen zu Strafen verurteilt werden, dann muss der Kanton eingreifen und die Aufsichtspflicht wahrnehmen. Zudem haben mittels Anti-Chaoten-Initiative künftig die verantwortlichen Chaoten die Kosten für die verursachten Schäden und Polizeieinsätze zu tragen. In der Justiz- und Sicherheits-Kommission diskutieren wir derzeit den Gegenvorschlag des Regierungsrats und bringen zusammen mit der FDP noch Verschärfungsvorschläge. Die Anti-Chaoten-Initiative und der Gegenvorschlag werden dann auch vor das Volk kommen.

Die SVP bleibt dran, bis die Rechtsordnung durchgesetzt und die Sicherheit der Bevölkerung wieder gewährleistet ist.

SICHERHEITSPOLITIK

Zu wenig vom Notwendigen

Strom, Nahrungsversorgung, Sicherheit: Unsere Gesellschaft setzt immer mehr auf das Prinzip Hoffnung, statt in die Zukunft zu planen. Ein ungemütliches Aufwachen ist vorprogrammiert.



Daniel Wäfler
Kantonsrat SVP
Gossau

Es ist wohl eine Tatsache, die auch dem hintersten und letzten Beobachter unserer Gegenwart langsam klar wird, dass wir nur bei den Vorschriften und den Grenzübertritten von Geflüchteten ein Wachstum haben, in allen anderen Bereichen sind wir bereits in Mangellagen oder auf dem Weg dorthin. Längst hat sich in Gesellschaft und Politik ein Prinzip der Hoffnung etabliert und das Prinzip der Sicherheit abgelöst. Man traut sich viel zu landauf, landab und will das vermeintlich Richtige und Gute tun. Atomstrom wird einfach importiert, aber im Land will man keine AKW mehr haben. Mit Windrädern und Solaranlagen soll es gut kommen. Bei der Lebensmittelversorgung ist es ähnlich, die Landschaften von 1850 sollen wiederhergestellt werden und der Natur etwas zurückgegeben werden, was nur auf Kosten der Landwirtschaft geht, da die Städte kaum zurückgebaut werden können. Lebensmittel können ja dann, genau wie Strom, importiert werden, und die Bevölkerung kann auch weiterwachsen. Lauter Zielkonflikte und viel naiver Optimismus, um diese zu überdecken. Eine gefährliche Entwicklung für unser Land und darüber hinaus! Korrigierende Kräfte der Vernunft sind bitter nötig, und die SVP steht mitten in einer historischen Aufgabe für unsere Schweiz und die Freiheit.

Unkalkulierbare Risiken

Man muss aber gar nicht philosophisch werden, um die Probleme zu veranschaulichen, sondern kann zu konkreten Beispielen gehen. Nehmen wir die Sicherheitspolitik, wo gewisse Kreise nun auch im Ukraine Konflikt mitmischen möchten und die Schweiz bereits ohne Not exponiert haben. Dem Dunstkreis rund um VBS-Chefin Amherd ist dabei aber entgangen, dass die Armee noch gar nicht so aufgestellt ist, wie sie gemäss Verfassung und dem letzten Entwicklungsschritt sein sollte. Neben

der mangelnden Ausrüstung sind es vor allem die aktiven Personalbestände, welche die Armee noch schwächer machen, als sie eigentlich ist. Dafür verantwortlich sind die Abgänge in den Zivildienst, die alleine 2021 über 6000 Mann betrug. Wehrfähige Männer, die einfach ihr persönliches Abtreten aus «Gewissensgründen» oder eher individuellen Motiven machen. Die Beweggründe muss jeder für sich verantworten, und ein Teil wird auch berechtigt sein, doch dass plötzlich so viele gute Bürger Gewissensbisse haben, ihr Land mit der Waffe zu schützen, ist sehr störend und ein grandioser Systemfehler.

Rekrutierungsprobleme bei der Polizei

Dieser Fehler wirkt sich nun auch auf die nachgelagerte Sicherheit aus und wohl auch schon auf die Rekrutierung von Polizisten. Erst einmal im waffenlosen Zivildienst dürfte der Weg zurück fast nicht mehr infrage kommen und wäre später das Eingeständnis einer Lüge, wenn der geläuterte Pazifist dann doch eine Waffe tragen möchte. Die Kantonspolizei Zürich ist konsequent und stellt sich faktisch auf den Standpunkt, dass Personen, die schon am Anfang beim Umgang mit Waffen nicht die Wahrheit sagen, auch später nie eine tragen sollten.

Geburtenschwache Jahrgänge, Hochkonjunktur und Zivildienst dürften alle zum Mangel an Bewerbern für den Polizeidienst beitragen und führen zur Unterschreitung der Plansolle. Konsequenz, wie in allen Bereichen, ist die Mehrbelastung des vorhandenen Personals. Dies kann eine Chance zum Entschlacken sein, ist aber gerade bei der Sicherheit sehr gefährlich. Zur selben Zeit fordern dann gewisse Kreise, dass die Polizisten auch noch auf die Gummigeschosse als Distanzwaffe verzichten sollen und dann in den Nahkampf müssten. Wer will da noch hinstehen für unsere Sicherheit?

Die SVP steht hin für die Sicherheit und für eine glaubwürdige Armee und Polizei. Ich möchte jenen, die noch Militärdienst machen und als Polizisten oder in sonstiger Funktion für unsere Sicherheit sorgen, meinen herzlichen Dank aussprechen.

WORTE DES PRÄSIDENTEN DER JSVP KANTON ZÜRICH

Unsere Initiative wirkt

Die Anti-Chaoten-Initiative erfreut sich grosser Beliebtheit bei der Bevölkerung. Der zahnlose Gegenvorschlag ist keine Alternative. Die linksrüne Stadt zeigt weiterhin keinerlei Bereitschaft, illegale Demonstranten finanziell in die Verantwortung zu nehmen. Im Gegenteil.

Im letzten November konnte die Junge SVP Kanton Zürich erfolgreich die Anti-Chaoten-Initiative einreichen mit der Kernforderung, dass Demonstranten bei unbewilligten und gewalttätigen Demonstrationen endlich die entstandenen Kosten übernehmen sollen. Mit dieser Selbstverständlichkeit haben wir durchaus ins Schwarze getroffen. Die Bevölkerung ist genervt von Velodemos, Klimaklebern und gewalttätigen Mobs in der Innenstadt. Mindestens genauso genervt sind die Menschen wohl auch von der untätigen Politik, die bisher kaum Anstalten machte, etwas dagegen zu unternehmen, und die Anliegen der Bevölkerung komplett ignorierte.

Zahnloser Gegenvorschlag

Doch auch die Politik musste zur Kenntnis nehmen, dass Untätigkeit nicht länger eine Option ist. In repräsentativen Umfragen erreichte die Anti-Chaoten-Initiative Zustimmungswerte von über 62%. Der Regierungsrat beschloss, einen Gegenvorschlag vorzulegen – es

ist immerhin das erste Mal seit 2011, dass dies bei einer als allgemeine Anregung formulierten Initiative geschieht. Zufrieden können wir damit aber noch nicht sein. Der bisher noch zahnlose Gegenvorschlag sieht noch nicht einmal eine Bewilligungspflicht vor – mit der Ausrede, dass dies Sache der Gemeinden sei. Dies sieht auch unsere Initiative so, aber eine Bewilligung muss zwingend eingefordert werden. Währenddessen versucht sich das links dominierte Stadtparlament in Zürich mit einer Meldepflicht zu retten und hegt die Absicht, bei Demonstrationen gar keine Bewilligung mehr zu verlangen. Faktisch würde die Stadt damit Nötigung legalisieren, sofern man diese vorher anmeldet.

Kanton bei Kostenabwälzung top, Stadt Flop

Auch beim Thema der Kostenabwälzung auf die Verursacher hat sich tatsächlich etwas getan. In Rümlang, wo Demonstranten einen Wald besetzt hatten, wurden die Kosten für den

Einsatz tatsächlich den Verantwortlichen verrechnet. Dies aber auch nur, weil die Kantonspolizei für die Räumung verantwortlich war. Die Stadtpolizei Zürich, die den Grossteil der Einsätze bei Demonstrationen leisten muss, verzichtet weiterhin auf das Verrechnen von Kosten, lässt diese lieber von den Steuerzahlern begleichen und bestraft diese neben den Einschränkungen durch die Chaoten somit gleich doppelt. Selbstverständlich passiert dies auf Geheiss des linken Stadtrates. Ebenjener Stadtrat wurde im Übrigen gerade zurechtgewiesen, weil er sich über Monate schlicht rechtswidrig geweigert hatte, für die Velodemo eine Bewilligung zu verlangen.



von
Sandro Strässle

Einladung zum Wahlauftakt SVP Kanton Zürich

Kommen auch Sie! Stoppen Sie mit uns die 10-Millionen Schweiz!

Wann: 17. August 2023
 19.00 Uhr: Türöffnung
 19.30 Uhr: Beginn Veranstaltung
 21.30 Uhr: Offizieller Schluss
 Anschliessend Bar der JSVP mit offenem Ende

Wo: Lettenpark Röllmang, Altstrasse 4, 8153 Röllmang





Kantonsrat
Dominik Luchinger
Präsident SVP Kanton Zürich



Nationalrat
Marco Dettling
Wahlkommissar SVP Schweiz



Alt-Bundesrat
Ueli Maurer



Nationalrat
Gregor Ritz
Ständekontrollrat SVP Kanton Zürich

Sowie alle Nationalratskandidaten der SVP Kanton Zürich (Liste 1, KMU, Senioren, Secondos und JSVP)





Mik Andreas Thiel
Schriftführer und Komiker



Die Partei der Schweizer
svp-zuerich.ch

SVP STADT ZÜRICH 7/8

Quartierfest im Zürcher Seefeld

Bei ausgelassener Stimmung am Seefeldfest hat die SVP Kreis 7/8 Jung und Alt mit köstlichen Zuckerwatten begeistert.

Mit mehr als 500 verkauften Zuckerwatten und unserem attraktiven Stand war das Fest ein grosser Erfolg. Wir

durften uns über den Besuch sowie die tatkräftige Unterstützung von den Nationalräten Barbara Steinemann, Romaine Roggenmoser, Mauro Tuena, Alfred Heer, Gregor Rutz sowie den Kantonsräten Susanne Brunner, Nina Fehr Düsel, Paul von Euw und Nationalrats-

kandidat Adrian Wegmann freuen. Ich bedanke mich beim Vorstand der SVP Kreis 7/8 sowie allen Beteiligten für ihren grossartigen Einsatz.

Yves Peier,
Gemeinderat SVP



Zuckerwatten versüssen die Politik. V.l.n.r. GR Jean-Marc Jung, KR Susanne Brunner, Severin Spillmann, NR Mauro Tuena, Marion Müller und NR Gregor Rutz

Bild: ZVG

MEDIENMITTEILUNG DER SVP WINTERTHUR

Einreichung der Volksinitiative «Ja zur freien und günstigen Stromwahl»

2019 hatte der Stadtrat aus Umwelt- und Klimaschutzgründen beschlossen, das günstigste Stromprodukt «e-Strom.

Grau» in der Grundversorgung auf Anfang 2020 abzuschaffen. Obwohl das Produkt bei den Kundinnen und Kun-

den sehr beliebt war, verzichtete man darauf, nach ihrer Meinung zu fragen. Nun hat das Europäische Parlament an seiner Sitzung vom Juli 2022 Kernkraft als nachhaltige, ökologische Energieform für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) taxiert. Das heisst, seit dem 1. Januar 2023 gelten diese Technologien in der EU rechtsverbindlich als «grün». Deshalb ist es nicht sinnvoll, diese günstigste Energieform in Winterthur auszuschliessen.

Selbst mit dem massiven Ausbau von erneuerbaren Energien werden weiterhin konventionelle Kraftwerke benötigt. Sinnvollerweise setzen wir hierbei auf Wasserkraft und Atomenergie und verzichten auf den Import von «dreckigem» Kohlestrom.

Das letzte Jahr hat gezeigt, dass bereits die Ankündigung einer drohenden Stromlücke exorbitante Preissteigerungen zur Folge hat. Mittelfristig führen solche Preissteigerungen und -schwankungen in ein wirtschaftliches Desaster.

Deshalb tun wir gut daran, jetzt auch ohne «Blackouts» die Weichen für die Zukunft neu zu stellen.



Einreichung der Volksinitiative in der Stadtkanzlei. V.l.n.r. René Szummer, Anton Fessler, Maria Wegelin, Michael Gross, Thomas Bolleter (Stadtkanzlei), Christian Hartmann, Philipp Angele, Manuel Zaroni, Gabriella Gisler-Burri. Bild: ZVG

EIDGENÖSSISCHE WAHLEN

Freiwillige für Wahlauftakt gesucht

Der Wahlauftakt der SVP Schweiz am 26. August 2023 in der Swiss Life Arena steht vor der Tür.

Hochkarätige Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft sowie mehrere Bühnenshows sorgen für ein abwechslungsreiches Programm.

Wir suchen noch engagierte Freiwillige. Bist du motiviert, an diesem einmaligen Anlass mitzuhelfen? Möchtest du Gleichgesinnte treffen und neue Leute kennenlernen? Dann melde dich bei uns und trage zum sensationellen Erfolg der SVP bei den Wahlen im Herbst 2023 bei!

Gerne sind auch Freunde und Kollegen aus Feuerwehr oder Vereinen willkommen, sich als Helfer zu melden. Wir haben an den folgenden Terminen noch freie Plätze.

– Freitag, 25. August, 13.00 bis 18.00 Uhr. Tätigkeiten: Mithilfe beim Aufbau/Beschilderungen (handwerkliche Fähigkeiten erwünscht). Benötigte Anzahl Helfer: 10 Personen

– Samstag, 26. August, 07.30 bis 11.30 Uhr. Tätigkeiten: Verkehrsdienst (gewisse Erfahrung im Verkehrsdienst erwünscht). Benötigte Anzahl Helfer: 16 Personen

– Samstag, 26. August, 07.30 bis 11.00 Uhr. Tätigkeiten: Einweisung Besucher, Einlasskontrolle. Benötigte Anzahl Helfer: 15 Personen

– Samstag, 26. August, 08.30 bis ca. 14.00 Uhr. Tätigkeiten: Platzzuweisung in der Arena. Benötigte Anzahl Helfer: 12 Personen

– Samstag, 26. August, 08.00 – 14.00 Uhr. Tätigkeiten: Betreuung der diversen Gäste und Showacts. Benötigte Anzahl Helfer: 15 Personen

– Samstag, 26. August, 08.00 – 14.00 Uhr. Tätigkeiten: Springer (diverse Einsatzmöglichkeiten). Benötigte Anzahl Helfer: 6 Personen

– Samstag, 26. August, 09.30 – 15.00 Uhr. Tätigkeiten: Betrieb Fotobox (Hilfe bei Bedienung). Benötigte Anzahl Helfer: 2 Personen



Anmeldungen bitte per E-Mail an sekretariat@svp-zuerich.ch oder via Telefonnummer 044 217 77 66. Bei allfälligen Fragen zu den möglichen Einsätzen steht Parteisekretär Marco Calzignola unter Telefon 044 217 77 60 gerne zur Verfügung.

SVP STADT ZÜRICH 12

«Was ist der beliebteste Kuhname in der Schweiz?»

In der Baracke Auzelg fand am 23. Juni 2023 das alljährliche Grillfest der SVP Züri Nord statt. Bei strahlendem Sonnenschein und guter Stimmung kamen zahlreiche Besucher zusammen, um gemeinsam einen geselligen Abend zu verbringen. Höhepunkt des Abends war die Festrede von Nationalrat Mauro Tuena, der mit seinem Thema über die Neutralität der Schweiz für Begeisterung sorgte.

Das Grillfest bot den Besuchern eine Vielzahl kulinarischer Köstlichkeiten. Von saftigen Grillsteaks über knackige Salate bis hin zu erfrischenden Getränken war für jeden Geschmack etwas dabei. Die Teilnehmer genossen das leckere Essen und nutzten die Gelegenheit, sich untereinander auszutauschen und neue Kontakte zu knüpfen.

Bedeutung der Neutralität

Nationalrat Mauro Tuena, Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates, hielt eine spannende Festrede über die Bedeutung und die Wichtigkeit der Neutralität der Schweiz. Er betonte, dass die strikte Neutralität in den letzten 200 Jahren Sicherheit und Wohlstand in die Schweiz gebracht hat und ein erfolgreiches Instrument der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik ist. Die Zuhörer lauschten gespannt seinen Ausführungen und zeigten sich beeindruckt von seiner Kompetenz und seinem Engagement für die Schweiz.

Ein weiteres Highlight des Abends war das SVP-Quiz, bei dem die Gäste

ihre Wissen über die Geschichte der SVP und der Schweiz unter Beweis stellen konnten. Die Fragen waren amüsant und herausfordernd zugleich, und es winkten attraktive Preise für diejenigen, die die meisten richtigen Antworten gaben. Das Quiz trug nicht nur zur Unterhaltung bei, sondern bot auch eine grossartige Gelegenheit, mehr über die politische Landschaft der Schweiz zu erfahren.

«Es hat sich gelohnt», schwärmt ein begeisterter Besucher, «das Grillfest war ein gelungenes Event, bei dem wir nicht nur Spass hatten, sondern auch noch etwas dazugelernt haben. Ich freue mich bereits auf das nächste Jahr.»

Mit gutem Essen, einer kompetenten Festrede von Mauro Tuena und einem unterhaltsamen Quiz bot die Veranstaltung eine perfekte Mischung aus politischer Diskussion, Bildung und geselligem Beisammensein. Der beliebteste Kuhname in der Schweiz ist übrigens «Bella».

Markus Weidmann,
Präsident SVP Zürich-Schwamendingen

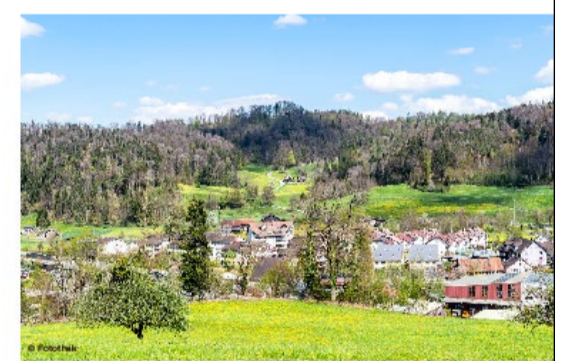


Mehrere Mandatsträger fanden den Weg nach Schwamendingen. V.l.n.r. KR Bernhard im Oberdorf, GR Stephan Iten, GR Michele Romagnolo, Kreispräsident SVP 12 Markus Weidmann, NR Mauro Tuena, KR Peter Schick. Bild: ZVG



1. August-Feier in Wila

Festgelände Hofwies



ab 19.00 Uhr

20.30 Uhr

anschliessend

gedeckte Festwirtschaft

Festansprache von Kantonsrat Domenik Ledergerber
Lampionumzug mit Betreuung

Höhenfeuer

Musikalische Unterhaltung durch
das Örgeltrio Nessensohn



Organisator: SVP Wila
SVP

WINDTURBINEN-PLÄNE

Grosse Bedeutung des Bundesgerichtsurteils Tramelan

Die Einschüchterungsversuche des grünen Baudirektors Martin Neukom werden nicht verfangen. Das Bundesgerichtsurteil zu Tramelan stützt sich auf überparteilichen Konsens.



Prof. Dr. Karl Spühler
Alt Bundesrichter
Winterthur



Das Berner Städtchen Tramelan ist mittlerweile schweizweit bekannt. Bild: Wikipedia

Bekanntlich fällt das Bundesgericht am 25. August 2022 (Original abrufbar im Internet unter 1C_149/2021) ein wegweisendes Urteil mit Bezug auf die Windenergie in Tramelan. Es kam zum Schluss, die Gemeinden könnten in ihrem Recht, vor allem in ihren Bauordnungen, Abstandsvorschriften von Windrädern zu den Wohngebäuden erlassen. Nationalrätin Therese Schläpfer hat wiederholt in Artikeln auf den höchstrichterlichen Entscheid hingewiesen. Trotzdem schüchterte der Zürcher Baudirektor mit einem Rundschreiben die Gemeinden ein, keine entsprechenden Bestimmungen zu erlassen; diese würden von der kantonalen Baudirektion nicht genehmigt.

Die Analyse des in französischer Sprache abgefassten Urteils des Bundesgerichts ergibt dessen grosse Bedeutung. Das Urteil wurde in Fünferbesetzung erlassen. Die normale Besetzung besteht lediglich aus drei Richtern bzw. Richt-

rinnen. Die Fünferbesetzung indiziert, dass das Bundesgericht der Sache erhebliche Bedeutung beimass. Die meisten Urteile werden in Dreierbesetzung gefällt. Bei weniger als zehn Prozent erfolgt Fünferbesetzung. Allein deshalb verdient das Urteil grosse Beachtung.

Dies noch aus einem zweiten Grund. Ob das Urteil einstimmig erfolgte, ist unbekannt. Bezeichnenderweise wirkten aber Mitglieder des Gerichtes aus fünf verschiedenen Parteien mit. Zwar

ist dies noch kein Beweis. Es zeigt aber, dass es von fünf Gerichtsmitgliedern verschiedener ideologischer Herkunft getragen wird. Es wirkten mit: Eine SVP-Richterin und je ein Richter der FDP, der Günl liberalen, der SP und der Grünen. Besonders interessant ist, dass die Mehrheit der Mitwirkenden «Rotgrün» zuzuordnen ist! Das sollte dem grünen Herrn Baudirektor Neukom zu denken geben. Wann handelt er endlich im Sinne des Rechtsstaates?

AKTUELLE POLITISCHE LITERATUR

Irreführende Politikbegriffe

In Zeiten der politischen Korrektheit haben irreführende Politikbegriffe Konjunktur. In seinem neuen Buch analysiert Olivier Kessler 64 politische Kampfbegriffe.

Es bestehen massive Diskrepanzen zwischen der Realität und der politischen Erzählung. So wie das der Anwalt Carlos A. Gebauer im Vorwort des neuen Buches von Olivier Kessler deutlich macht, bedürfen die politischen «Wortnebelfelder» dringend einer intensiven Belüftung.

Olivier Kessler, Direktor des in Zürich ansässigen Liberalen Instituts, analysiert sehr sprachkundig 64 irreführende politische Begriffe und Sprachregelungen. Der Autor sieht darin einen «Hexenkessel der polarisierten, oft manipulierten und zuweilen auch gehässigen öffentlichen Debatten».

In seinen kundigen Analysen nimmt Kessler viele dieser Manipulationstechniken und geheimen Sprachregelungen auseinander. Er will aufklären. Wenn die Sprachtricks beim Publikum ins Bewusstsein dringen, verlieren sie deutlich an Wirkung.

Für die meisten seiner Artikel nimmt Kessler die klassische ordoliberalen Haltung ein, die man unter dem Motto «Mehr Freiheit – weniger Staat» zusammenfassen kann.

Er hat nichts am Hut mit irgendwelchen Woke-Liberalismen. Das ist ihm hoch anzurechnen, denn der liberale Zeitgeist ist leider in vielerlei Hinsicht falsch (links) abgelenkt.

Was bedeutet Solidarität?

Herrlich ist beispielweise wie Kessler das Wort «Solidarität» auseinandernimmt. Der Umverteilungsstaat wird als Garant für die Solidarität aufgebauscht. Es kommt zu politisch verordneter «Hilfe am Nächsten».

Diese «unechte» Solidarität des Wohlfahrtsstaates führt zur Auflösung des natürlichen Mitgefühls gegenüber anderen Menschen.

Faktisch finde ein «Outsourcing» der persönlichen Verantwortung statt, meint Kessler. Das politische Schachbrett der 64 irreführenden Politikbegriffe hat viele bekannte Vokabeln, neben Solidarität zum Beispiel Freiheit, soziale Gerechtigkeit oder Sicherheit.

Dann aber auch wirtschaftliche Begriffe wie Lohndumping, Harmonisierung, Steuergerechtigkeit und Sozialabbau.

Schliesslich werden auch politische Schmähbegriffe wie Leugner oder Verschwörungstheoretiker behandelt. Das Buch eignet sich auch hervorragend als Nachschlagewerk für bürgerliche politisch Interessierte.

Es wird erkennbar, wie wegweisende Debatten vergiftet sind durch geschickte sprachliche Tricks. Dem gilt es, entgegenzutreten.

Ist «liberal» inzwischen ein toxischer Begriff?

Ein Kritikpunkt an Olivier Kesslers Argumentation ist der weitestgehend immer positive Gebrauch des Wortes «liberal». Darüber könnte man lange diskutieren. Jeder Grüne, ja viele Sozialisten bezeichnen sich heute als liberal. Das gibt Kessler selbst zu. Liberal wird damit fast zu einem «toxischen» Begriff, weil Grüne und Sozialisten meistens zu den Feinden der «offenen Gesellschaft» zählen. Und die deutsche FDP mit ihrer Beteiligung an der «Hampelregierung» macht definitiv klar, dass der Begriff «liberal» auch in Europa nicht mehr positiv gedeutet werden kann. Wenn Kessler kritisiert, dass Brexit-Befürworter als «Europa-Feinde» bezeichnet wurden, hat er recht. Er vergisst aber, dass exakt die britischen Liberaldemokraten die extremsten Brexit-Gegner waren. Die SVP würde die meisten Thesen Kesslers wohl kräftig unterstützen. Aber eher unter dem Begriff «freiheitlich» als «liberal». Diese grundsätzliche begriffliche Kritik tut aber der Feststellung, dass Kessler ein brillantes Buch geschrieben hat, keinerlei Abbruch. Kessler, Olivier. 64 irreführende Politikbegriffe. Wie Sie trotz Nebelpetarden den Durchblick behalten. Zürich; Liberales Institut, 2023. Preis: 24 Franken.

EINWANDERUNGSPOLITIK

Überbevölkerung



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Allmählich dämmert es dem Letzten, dass wir die ungebremste Zuwanderung nicht bewältigen können. Dabei hat das Schweizer Volk mitsamt den Kantonen der Masseneinwanderungsinitiative 2014 zugestimmt. Doch das Parlament wollte sie nicht umsetzen. Eine schändliche Rechtswidrigkeit gegenüber den verfassungsmässigen Rechten des Volkes!

2022 sind über 180 000 Menschen in unser Land geströmt. Sie alle brauchen Ärzte, Pflegepersonal, Lehrer, Verwaltungsangestellte, Dienstleister, Gastro-Mitarbeiter usw. Unsere Missstände haben ihre Ursache in der Überbevölkerung: Staus auf den Strassen, überfüllte Züge, überforderte Lehrer, Spitäler am Anschlag, Überbauung von Grünfläche. Dabei müssten wir nur die Zuwanderung beschränken und endlich im Asylbereich Ordnung machen.

Auch im Asylwesen wären die Gesetze rechtsgültig vorhanden, damit die Bewerber, die nicht an Leib und Leben gefährdet sind, keine Aufnahme finden. Ich war seinerzeit als Bundesrat für das Asylwesen zuständig. Ich sah Familien in aller Welt Geld zusammenlegen, um die Schlepper zu bezahlen, in der Hoffnung, dass dieses Geld mehrfach aus der Schweiz zurückbezahlt wird. Denn sie wissen: Wer durch Schlepper hierher gelangt, bleibt auch hier. Die Asylbewerber sind genau instruiert, wie sie die Pässe verstecken und welche Geschichten sie erzählen sollen. Mit schnellen Ausschaffungen der illegal Eingewanderten – auch wenn sie keine schöne Sache sind – legt man dem Schlepperhandel das Handwerk.

Letztes Jahr sind über 50 000 illegal Anwesende aufgegriffen worden. Ungefähr alle zehn Minuten kommt ein Illegaler in unser Land, der in der Regel kein wirklicher Flüchtling ist. Fazit: Wir brauchen Politiker, die ihre Sache machen. Es braucht im Parlament andere Leute. Leute, die die Zuwanderungsmissstände unterbinden und die sich an Recht und Gesetz halten.



Die Masseneinwanderungsinitiative bleibt trotz Annahme unumgesetzt.

Bild: ZVG



Nachhaltigkeits-Initiative

Keine 10-Millionen-Schweiz

Das will die Initiative erreichen:

JA zu einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung statt zu einer ungesteuerten, ungebremsten Bevölkerungsexplosion.



Einladung zum Sommerplausch mit Nationalrat Alfred Heer

Donnerstag, 3. August 2023 ab 18:00 Uhr
Festhütte Käpfnach, Mühletahweg 4, Horgen

Die SVP Horgen lädt zum Sommerplausch. Da der Vorstand die Grillschürze anzieht, ist für das leibliche Wohl gesorgt!

Musikalische Unterhaltung durch die Alphornggruppe Crystal und eine Rede von Nationalrat Alfred Heer sorgen für beste Unterhaltung. Kommen Sie vorbei und lernen Sie auch weitere Nationalratskandidaten kennen!

Mit Bitte um Anmeldung beim Präsidenten David Wolf: david.fabian.wolf@gmail.com



Fadegrad



von
Susanne Brunner

Zurück in die Zukunft!

Seit längerer Zeit beobachte ich mit wachsender Verwunderung, was in der Schweiz betreffend Energiepolitik abläuft. In Bundesbern wird über einen «Solar-Express» und einen «Wind-Express» verhandelt. Alles unter der Prämisse, dass wir dem Klimaschutz Folge leisten müssen. Dieser gebietet, dass unsere Stromproduktion möglichst CO₂-frei sein muss. Beim ersten sprechen wir von einer Solarpflicht auf Neubauten oder von grossen Fotovoltaikanlagen in den Alpen, zum Beispiel von vom Projekt Grenchols im Wallis. Hier sollte ursprünglich eine Anlage mit 910 000 Solarpanels auf mehreren Quadratkilometern gebaut werden. Das Projekt ist bereits auf 160 000 Panels redimensioniert worden. Der «Wind-Express» hingegen soll schweizweit Fahrt aufnehmen, indem das Parlament beschlossenen hat, Bewilligungen für Windräder zu vereinfachen und zu beschleunigen. Für den Kanton Zürich hat der grüne Baudirektor Martin Neukom im Oktober 2022 einen Plan vorgelegt: Bis im Jahr 2050 sollen sieben Prozent des Strombedarfs aus Windkraft gedeckt werden. Er hat im Kanton Zürich 46 Standorte entdeckt, wo er 120 Windkraftanlagen bauen will. Noch vor wenigen Jahren, als die Baudirektion von SVP-Regierungsrat Markus Kägi geführt worden ist, galt der Kanton Zürich nicht als «Wind-Kanton».

Doch schauen wir einfach einmal hin, was ist: Die Schweiz produzierte ihren Strom seit jeher annähernd CO₂-frei: Rund 60 Prozent unseres Stromes erzeugten wir mit Wasserkraft, rund 40 Prozent mit Kernenergie. Warum müssen wir jetzt unsere Alpen mit Solarpanels zupflastern und unsere Landschaft mit riesigen Windrädern verschandeln? Haben wir völlig den Verstand verloren? Das darf man sich mit Fug und Recht fragen! Schon in der Vergangenheit haben wir häufig im Winter Strom importiert, das ist nichts Neues. Neu ist, dass uns die Nachbarländer im Winter keinen Strom mehr liefern können, weil sie diesen selber benötigen. Wir müssen deshalb mehr Strom im Inland produzieren. Zusätzlich besagt die von Doris Leuthard entworfene Energiestrategie 2050, dass wir aus der Kernenergie aussteigen müssen. Was ist zu tun? Ein Blick zurück tut Not: In den Sechzigerjahren, als die ersten Kernkraftwerke in der Schweiz geplant wurden, setzte sich der Schweizer Naturschutzbund für die Kernkraft ein, denn sie galt als natur- und landschaftsschonend. Auf kleinster Fläche lässt sich sehr viel Energie erzeugen, ohne Gewässer und Landschaften für die Energiegewinnung zu opfern. Die Lösung der Verknötung der Schweizer Energiepolitik bedeutet also, dass die Schweiz schnellstmöglich neue Kernkraftwerke planen sollte und als Übergangslösung gasbetriebene Grosskraftwerke. Dafür müssen wir das Technologieverbot aufheben. «Zurück in die Zukunft» bedeutet zugleich ein «Zurück zur Vernunft»!

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Letzte Instanz der Steuerzahler

An der Gemeinderatssitzung vom letzten Mittwoch wurde einmal mehr offensichtlich, dass die SVP-Fraktion im städtischen Parlament die letzte Instanz der Steuerzahlenden ist.



Roger Bartholdi
Gemeinderat SVP
Zürich

Für die nächsten sechs Jahre (2024 bis 2029) soll die Subventionierung der Theaterlandschaft in der Stadt Zürich gesprochen werden. Die SVP votierte dazu mit folgender Fraktionserklärung in leicht gekürzter Fassung.

Als die Stadtpräsidentin Corinne Mauch 2019 dem Gemeinderat das neue Fördermodell TTL (Projekt Tanz- und Theaterlandschaft) vorstellte, erklärte sie, damit könnten «neue» und «innovative» Wege in der Kultur eingeschlagen werden. Die Kulturlandschaft müsse «stets in Bewegung bleiben» und «kontinuierlich erneuert» werden. Die Vertreter der rotgrünen Mehrheitsparteien gaukelten eine enthusiastische Aufbruchsstimmung vor: Mehr «Vielfalt», «neue Ideen» und eine «nachhaltige Belebung» der Kulturlandschaft versprach Balz Bürgisser in seinem Votum im Gemeinderat. Maya Kägi Götz, die Sprecherin der SP, rügte die bürgerlichen Parteien als «zögerlich und mutlos», da sie mit ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der TTL die «Innovation» in der Tanz- und Theaterlandschaft verhindern wollten.

Rotgrüne «Innovation»?

Vier Jahre später wissen wir, wie diese rotgrüne Innovation in der Kulturlandschaft aussieht: Ein bereits zuvor sub-

Handlung der Aufführung vorwegzunehmen.

weiss

beschreibt eine soziale Position und die Privilegien, die *weissen* Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe zugeschrieben werden, und hat nichts mit der tatsächlichen Farbe der Haut zu tun. Je nach gesellschaftlichem Kontext unterscheidet sich, wer als weiss zählt. Zum Beispiel kann eine Person mit türkischer Herkunft in der Schweiz als Person of Color wahrgenommen werden und fremdenfeindliche Erfahrungen machen, während sie in der Türkei als *weiss* gilt und gesellschaftliche Privilegien besitzt. Um die Konstruktion des Begriffs hervorzuheben, wird *weiss* oft kursiv und klein geschrieben.

weisse Privilegien

Je weniger Diskriminierungen eine Person erfährt, desto privilegiierter ist sie. *Weisse* Privilegien beschreiben die Vorteile, die *weisse* Menschen in einer Gesellschaft haben, zum Beispiel vereinfachte Zugänge zum Arbeits- und Wohnungsmarkt, zum Bildungs- und Gesundheitswesen und in der Repräsentation in Politik, Kultur und Medien (struktureller bzw. institutioneller Rassismus).

white fragility

meint die abwehrenden oder verdrängenden, teilweise aggressiven Reaktionen von *weissen* Menschen, wenn sie von einem nicht *weissen* oder *weissen* Gegenüber mit dem eigenen Rassismus konfrontiert werden.

Kunst ist sekundär. Woke-linke Propaganda auf der Webseite des Schauspielhauses.

Bild: Schauspielhaus.ch

ventionierter Zirkus erhält seine Gelder weiterhin, wenn auch neuerdings aus einem neuen Topf. Zwei Mini-Theatern, die programmatisch hin und wieder etwas aus der Reihe tanzten, wurden Fördergelder gestrichen. Abgesehen davon blieb alles beim Alten: Die zahlreichen, programmatisch und ideologisch kaum voneinander unterscheidbaren Theater werden wie bis anhin weiter subventioniert. «Neu», «vielfältig» und «belebt» ist einzig der bürokratische Aufwand, der dadurch entsteht, dass Pro-forma-Konzepte verfasst und

durch eine Pro-forma-Jury bewertet werden müssen. Die SVP wünscht sich eine diverse, heterogene und obrigkeitsskritische Kulturlandschaft mit Theatern, die unterschiedliche Inhalte anbieten, insbesondere auch solche, die nicht ausschliesslich die rotgrüne Klientel bedienen. Wir unterstützen Angebote für alle statt für wenige. Leider zielt der Vorschlag des Stadtrats in die gegenteilige Richtung, weshalb die SVP die Dispositionen 1 bis 9 ablehnen wird. Die SVP findet Kultur und eine vielfältige Theaterlandschaft wichtig. Im Ge-

gensatz zu den anderen Parteien, ist die SVP der Auffassung, nicht alles muss zu jedem Preis subventioniert werden. Wenn ein Theater keinen Erfolg hat, muss man nicht die Subventionen stetig erhöhen, sondern auch kritisch hinterfragen, ob das Theater das richtige Angebot hat und überleben soll. Es existiert eine breite Vielfalt, und neue Theater kommen hinzu. Wenn aber die Zuschauer fernbleiben oder keinen Obolus entrichten wollen, dann muss irgendwann die Höhe der Subvention hinterfragt werden können, und das Theater darf nicht tabu bleiben. Die FDP wollte sogar noch mehr Geld ausgeben als der rotgrüne Stadtrat. Die SVP, die letzte Instanz der Steuerzahlenden, lehnte die Anträge ab.

Zusätzliche Schulhauspavillons

Weil der Stadtrat in den vergangenen Jahrzehnten die Schulraumplanung verschiefte, musste man immer wieder neue Pavillons für die Schulklassen erstellen. Ein Sprecher der Grünen hat die rhetorische Frage gestellt, wie viele Schulpavillons in der Stadt Zürich vorhanden sind. Die Antwort blieb offen. Trotz der Kritik, die von einigen geübt wurde, stimmten die Parteien der stadträtlichen Weisung zu. Für die SVP ist es nachvollziehbar, dass, wenn der Schulraum zu klein ist, Massnahmen getroffen werden müssen – aber eben nicht um jeden Preis. So kostet die Verschiebung von zwei Pavillons rund 6 Mio. Franken. Aus Sicht der SVP viel zu teuer. Da ist man nicht mehr weit von einem neuen Pavillon entfernt. Die SVP hat deshalb die Weisung abgelehnt, auch um ein Zeichen gegen die überhöhten Kosten und für die Steuerzahlenden zu setzen.

AUS DEM DÜBENDORFER GEMEINDERAT

Das Dübendorfer Parlament heisst Jahresrechnung 2022 gut

Trotz eines massiven Überschusses gab es Kritik von allen Seiten. Vor allem die Budget-Genauigkeit ist verbesserungsfähig.



Paul Steiner
Gemeinderat SVP
Dübendorf

Ertrag

Bei einem Ertrag von 216 Mio. und einem Aufwand von 190 Mio. schliesst die Erfolgsrechnung 2022 der Stadt Dübendorf mit einem Überschuss von 27,8 Mio. und somit 22 Mio. über Budget ab.

Hauptsächlich dafür verantwortlich sind Steuereinnahmen. Sie sind um 18,8 Mio. höher ausgefallen, jeweils nahezu hälftig bei den Grundstückgewinnsteuern sowie bei den Steuern juristischer Personen.

Die Steuern von Privatpersonen bewegen sich im Budgetrahmen, und der Quellensteuerertrag liegt 1,4 Mio. über Budget.

Mit 190,4 Mio. liegt der Aufwand um lediglich 1,6 Mio. höher als budgetiert, fast eine Punktlandung. Da muss man genauer hinschauen, um festzustellen, dass trotzdem markante Budgetabweichungen vorliegen. Der Sachaufwand z.B. ist 2,6 Mio. über Budget. Den Spitzenplatz nehmen mit 7 Mio. die Dienstleistungen Dritter und Honorare an externe Berater ein: 2,4 Mio. mehr als budgetiert. Darin enthalten sind 1,8 Mio. für Springer. Es muss ein zentrales Anliegen sein, eigenes Personal zu rekrutieren, denn Springer führen zu viel höheren Personalkosten. Ebenso sind Dienstleistungen externer Berater restriktiv zu beanspruchen.

Abteilung Hochbau «DAS Sorgenkind»

Die Abteilung Hochbau beschäftigt das Parlament schon viel zu lange. Es stellen sich die gleichen Fragen wie bei den letzten Rechnungen und Budgets. Die

Verbuchung entspricht nicht dem Brutto-Prinzip nach HRM2, und deshalb fehlt die Transparenz. Die ausgewiesenen Erträge halten mit der hohen Anzahl an Baugesuchen nicht Schritt. Es besteht die Befürchtung, dass die Gebühreneinnahmen nicht vollumfänglich verbucht werden, und auch, dass zu viel «Manpower» damit beschäftigt ist, die Schnittstelle zum externen Ingenieurbüro zu bedienen. Auch der Schutzstatus «S» verursachte Kosten von rund 2 Millionen. Gemäss Angaben des Stadtrats waren per 31. Dezember 2022 158 Personen mit Status «S» der Stadt Dübendorf zugewiesen.

Budget-Ungenauigkeiten

Eine Gegenüberstellung von Budgets und Nettoergebnissen der letzten 10 Jahre zeigt, dass anstelle eines budgetierten Verlusts von 24 Mio. in dieser Periode Gewinne von insgesamt 72 Mio. resultierten. Es handelt sich um eine

massive Budgetabweichung von 96 Mio. – glücklicherweise mit dem richtigen Vorzeichen. 78 von diesen 96 Mio. entfallen auf nicht budgetierte Steuererträge. Diese Zahlen zeigen nicht nur auf, wo die Budget-Ungenauigkeit herkommt. Es wird auch klar: Wenn die Steuern nicht mehr in gleicher Masse fliessen, könnten sich die Resultate drastisch verschlechtern.

Bei den Grundstückgewinnsteuern kann in den nächsten Jahren von Stadtrat weiter mit hohen Erträgen gerechnet werden. Die Unternehmenssteuern können volatil sein. Für Dübendorf ist es bedeutsam, Firmen anzusiedeln respektive hier zu halten und dabei mit dem Standortvorteil sowie mit guten Steuerbedingungen zu punkten. Gleiches gilt auch für Privatpersonen. Die neusten Zahlen zeigen, dass der Kanton Zürich 2022 viele Firmen respektive Steuerzahler an attraktivere Kantone verloren hat. Dies gilt es in Dübendorf zu vermeiden.

Kritik von allen Seiten

Für «Mitte-Links» sind die hohen Überschüsse das Resultat eines Investitionsstaus, und die Begehrlichkeit nach allerlei «nice-to-have-Projekten» wächst. Steuerenkungen hingegen sind für «Mitte-Links» kein Thema. Nach jahrelanger «Bearbeitung» von Stadtrat und Parlament schaffte die SVP es im letzten Herbst, eine Steuerenkung von 3 Prozent durchzusetzen. Angesichts der Zahlen muss der Steuerfuss in der diesjährigen Budgetdebatte wiederum Thema sein.

Alle Fraktionen waren sich einig, dass die Budget-Genauigkeit ungenügend ist. Deshalb ist die jeweils im Herbst vorgestellte Hochrechnung umso wichtiger, da zu diesem Zeitpunkt verlässlichere Zahlen vorliegen sollten. Der Appell des Parlaments an den Stadtrat lautet, dass er das Instrument Hochrechnung keinesfalls missbrauchen darf.



Bei der Budgetplanung besteht noch deutliches Verbesserungspotenzial.

Bild: Marcel Grieder (flickr.com)

ENERGIEPOLITIK

Besuch im KKW Beznau

Im Rahmen der Nationalratswahlen wurden unter anderem alle Kandidaten der SVP Zürich zur Besichtigung des Kernkraftwerks Beznau eingeladen.



Adrian Wegmann
Nationalratskandidat SVP Oberrieden

Beznau 1 und 2 sind die ältesten sich noch im Betrieb befindlichen Reaktoren der Schweiz, haben je eine Nennleistung von 365 Megawatt und erzeugen zusammen 6000 Gigawattstunden Strom pro Jahr, was etwa dem doppelten Stromverbrauch der Stadt Zürich entspricht.

Nebst der Stromproduktion versorgt das KKW das Untere Aaretal (11 Gemeinden) mit Fernwärme für Gewerbebetriebe und rund 2500 Haushalte. Auf der zweistündigen Führung durch das Kraftwerk wird einem bewusst, wel-

che Dimensionen in dieser Anlage stecken. Am eindrücklichsten ist sicherlich das Maschinenhaus, in welchem man auf dem Generator stehen darf, in dem der Rotor mit 3000 Umdrehungen pro Minute dreht, um den Strom zu erzeugen. Tief unten im Gebäude sieht man durch die Sichtgläser, wie das Aarewasser das Kraftwerk kühlt.

Auch ein Blick in die beiden Kommandoräume darf nicht fehlen, um sich davon zu überzeugen, dass hier sichere und saubere Energie produziert wird, welche von langjährigen und kompetenten Mitarbeitenden überwacht wird.

Während des Rundgangs wird einem immer klarer, dass es zu so etwas kaum eine Alternative geben kann oder zumindest keine ohne einschneidende Veränderungen in unserer Landschaft oder massive Eingriffe in unseren Alltag. Beispielsweise bräuchte es ca. 1000 Wind-

kraftanlagen, um die Leistung der beiden Reaktoren zu ersetzen – nicht aber den erzeugten Strom, da es bekanntlich nicht während 24 h am Tag Wind hat. Für die Fernwärme der elf Gemeinden zeichnet sich eine Lösung ab, denn ein Holzheizkraftwerk ist in Planung. Wann dies in die Umsetzung geht, ist noch offen. Im Kraftwerk sind Handys und Kameras verständlicherweise verboten, das Foto entstand im Besucherraum. In den (echten) Brennstäben befinden sich Uran-Pellets, welche etwa die Grösse einer Fingerkuppe haben. Zwei solche Pellets liefern die Energie für einen Vier-Personen-Haushalt für ein ganzes Jahr.

Der investierte Samstagmorgen hat sich auf jeden Fall gelohnt, und ich empfehle allen, einmal ein Kernkraftwerk zu besuchen. Weiterführende Informationen: <https://bit.ly/BeznauTour>



Der Autor neben einem Brennstab. Das Anschauungsbeispiel der Brennstäbe auf dem Foto wurde um etwa die Hälfte gekürzt, da diese in Wirklichkeit ca. 3 m lang sind. Bild: Adrian Wegmann

MENTALITÄTSWANDEL

Das Ende der Eigenverantwortung – immer mehr an den Staat glauben

In der Schweiz ist ein grundlegender Mentalitätswandel im Gang.



Thomas Lamprecht
Kantonsrat EDU Bassersdorf

Wie haben sich die Parteien und die Schweizer Stimmbevölkerung im vergangenen Jahrzehnt entwickelt? Der auffälligste Trend: Abgesehen von den Polparteien links und rechts rückt die traditionell eingemittete Schweiz nach links. Die Bevölkerung vertraut nicht mehr auf wirtschaftliche Selbstregulierung, dafür mehr und mehr auf staatliche Lösungen. Erinnern wir uns an die frühere FDP: Mehr Freiheit, weniger Staat. Führende Manager im Land schrieben an ihrem «Weissbuch». Der Staat wurde kleingehalten, die soziale Kontrolle war umso grösser. Eben Eigenverantwortung. In den vergangenen Monaten aber brach dieses bürgerliche Selbstverständnis einmal mehr zusammen, als die Credit Suisse vom Staat gerettet werden musste. Ja, der Trend hat seit Längerem gekehrt.

Die Politik greift bei jeder Krise ein

Durch die Pandemie hat sich dieser Trend noch einmal verstärkt. Andererseits ist die Bevölkerung nicht nur staatsfreundlicher, sondern auch wirtschaftskritischer geworden. Nicht ohne Grund: Die Wirtschaft hat die Ethik völlig verloren. Sie ist liederlich mit dem Vertrauen umgegangen. Die Schweiz ist eigentlich auf dem Vertrauen gebaut, dass sich die Wirtschaft selbst zurückhält und deshalb nicht durch den Staat gebändigt werden muss. In einer Zeit, in der dieser Gesellschaftsvertrag infrage gestellt ist, wendet sich die Bevölkerung an einen stärkeren Staat. Ich als Vertreter der EDU stehe weiterhin für Eigenverantwortung und ethisches Wirtschaftsverhalten.

Ihr Immobilienraum?

www.immobilientraum.info

aktuell im Verkauf

<p style="font-size: 8px; color: white; margin: 0;">3-Zimmerwohnung 100m² 1000000.-</p>	<p style="font-size: 8px; color: white; margin: 0;">4-Zimmerhaus 150m² 1200000.-</p>	<p style="font-size: 8px; color: white; margin: 0;">2-Zimmerhaus 80m² 650000.-</p>	<p style="font-size: 8px; color: white; margin: 0;">3-Zimmerhaus 120m² 900000.-</p>	<p style="font-size: 8px; color: white; margin: 0;">4-Zimmerhaus 180m² 1500000.-</p>
---	--	--	---	--

Projektankündigungen

<p style="font-size: 8px; color: white; margin: 0;">3-Zimmerhaus 100m² 800000.-</p>	<p style="font-size: 8px; color: white; margin: 0;">4-Zimmerhaus 150m² 1100000.-</p>	<p style="font-size: 8px; color: white; margin: 0;">2-Zimmerhaus 70m² 550000.-</p>
---	--	--

Haben Sie ein Grundstück, auf dem Immobilienträume verwirklicht werden können?

Melden Sie sich bei mir: ulrich.koller@lechpartner.ch
+41 52 235 82 00

Grand Juni 2023

Ihre Immobilie hier inserieren

Melden Sie „app to date“ mit unserer neuen Immobilienraum-App.

Erfolgreich werben im «Zürcher Boten» und «Zürcher Bauern»

SVP DIGITAL



Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.





In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.





Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.





SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!





Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.



SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 31. Oktober 2023, 19.30 Uhr, Referat zur Neutralitätsinitiative, Gemeindesaal Bonstetten, mit alt Bundesrat Christoph Blocher.

Bezirk Meilen/Küsnacht
Sonntag, 13. August 2023, 11.30 Uhr, Sommergrill, Seehof, Hornweg 28, Küsnacht, mit Ständeratskandidat Gregor Rutz, Nationalrat Thomas Matter sowie den Kantonsrätinnen Nina Fehr Düsel und Domenik Ledergerber.

Bezirk Pfäffikon/Russikon
Freitag, 8. September 2023, 18.30 Uhr, SVP-Herbst-Party, Schützenhaus, Russikon, mit Kantonsrätin Romaine Rogenmoser. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-russikon.ch.

Bezirk Uster
Mittwoch, 16. August 2023, 19.00 Uhr, Wahlveranstaltung, Bereuter Holding AG, Schützenstrasse 55, Volketswil, mit Ständeratskandidat Gregor Rutz sowie den Nationalräten Bruno Walliser und Benjamin Fischer.

Bezirk Uster/Greifensee
Mittwoch, 4. Oktober 2023, 19.00 Uhr, Sessionsrückblick, Gasthof zur Krone, Schlossstrasse 4, Greifensee, mit Nationalrat Andreas Glarner.

Bezirk Uster/Mönchaltorf
Samstag, 9. September 2023, 16.00 – 18.00 Uhr, Jungbürgeranlass, an der Chilbi, Mönchaltorf.

Freitag, 15. September 2023, 19.30 Uhr, Grillabend, Rotblattstübli, Esslingen.

Bezirk Uster/Uster
Freitag, 6. Oktober 2023, 18.00 Uhr, Oktoberfest Züri-Oberland, Landihalle, Uster, mit Nationalräten und Nationalratskandidaten.

Bezirk Uster/Volketswil
Samstag, 7. Oktober 2023, 11.00 – 19.00 Uhr, Metzgete, Kleintieranlage, Volketswil.

Stadt Zürich/Kreis 11
Freitag, 25. August 2023, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich-Seebach, mit alt Nationalrat Christoph Mörgeli. Thema: Es braucht mehr SVP in Bern!

Sonntag, 17. September 2023, 10.00 – 14.00 Uhr, Puurezmorge, Bauernhof Albert Schumacher, Katzenseestrasse 8, Zürich-Affoltern.

Stadt Zürich/Kreis 12
Samstag, 2. September 2023, bis Sonntag, 3. September 2023, Festszelt, Schwamendinger-Chilbi, Zürich.

Samstag, 9. September 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Samstag, 23. September 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Samstag, 30. September 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Donnerstag, 17. August 2023, 19.00 Uhr, Wahlaufakt der SVP des Kantons Zürich, Lettenpark, Altwisstrasse 4, Rümlang.

Samstag, 26. August 2023, 10.30 – 14.30 Uhr, Wahlaufakt der SVP Schweiz, Swiss Life Arena, Vulkanstrasse 130, Zürich-Affoltern. Anmeldung unter www.svp.ch.

Freitag, 22. September 2023, bis Sonntag, 24. September 2023, SVP-Schiessen 2023, Vorschüssen am Freitag, 15. September 2023, Schiessanlage Oberhof, Tösstalstrasse 448, Fischenthal. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-oberland.ch/svp-schiessen-23.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Insertenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Mattia Mettler, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, inserate@svp-zuerich.ch. **Insertatenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

Der Zürcher Bote
ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Mattia Mettler, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

BUNDESFEIERN MIT SVP-REDNERINNEN UND -REDNERN

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Montag, 31. Juli 2023, 18.30 Uhr, Hof der Familie Weiss, Dachenmasstrasse 50, Bonstetten, mit Nationalrat Benjamin Fischer.

Bezirk Affoltern/Kappel am Albis
Dienstag, 1. August 2023, 17.30 Uhr, vor dem Gemeindesaal, Zur Mühle 4, Kappel am Albis, mit Regierungsrat Ernst Stocker.

Bezirk Andelfingen/Dorf
Montag, 31. Juli 2023, 19.30 Uhr, Mehrzweckhalle, Trottenackerstrasse 4, Dorf, mit Kantonsrat Paul Mayer.

Bezirk Andelfingen/Stammheim
Dienstag, 1. August 2023, 09.30 Uhr, Landgasthof zum Schwert, Hauptstrasse 7, Oberstammheim, mit Regierungsrat Ernst Stocker.

Bezirk Bülach/Bassersdorf
Dienstag, 1. August 2023, 10.30 Uhr, Dorfplatz, Bassersdorf, mit Kantonsrat Christian Pfaller.

Dienstag, 1. August 2023, 20.00 Uhr, Schützenhaus Baltenswil, Bassersdorf, mit Kantonsrat Christian Pfaller.

Bezirk Bülach/Freienstein-Teufen
Dienstag, 1. August 2023, 18.30 Uhr, Dorfplatz, Alte Landstrasse, Teufen, mit Ständeratskandidat Gregor Rutz.

Bezirk Bülach/Hüntwangen
Dienstag, 1. August 2023, 19.30 Uhr, Amphitheater, Hüntwangen, mit Kantonsrat Alexander Seiler.

Bezirk Bülach/Wallisellen
Montag, 31. Juli 2023, 18.00 Uhr, Festszelt beim Stadthaus, Wallisellen, mit Stadtrat Thomas Eckereder.

Bezirk Bülach/Wasterkingen
Dienstag, 1. August 2023, 18.30 Uhr, Schützenhaus, Wasterkingen, mit Nationalrätin Barbara Steinemann.

Bezirk Dielsdorf/Dänikon
Dienstag, 1. August 2023, 19.00 Uhr, Schützenhaus, Dänikon, mit Kantonsrat Markus Bopp.

Bezirk Dielsdorf/Niederglatt
Dienstag, 1. August 2023, 18.00 Uhr, Eschenberg, Niederglatt, mit Kantonsrätin Romaine Rogenmoser.

Bezirk Dielsdorf/Otelfingen
Dienstag, 1. August 2023, 20.00 Uhr, Golfpark, Otelfingen, mit Kantonsrat Markus Bopp.

Bezirk Dietikon/Oetwil an der Limmat
Dienstag, 1. August 2023, 21.00 Uhr, Limmatwiese Bonächer, Oetwil an der Limmat, mit Nationalrat Alfred Heer.

Bezirk Dietikon/Unterengstringen
Dienstag, 1. August 2023, 11.30 Uhr, Gut Sonnenberg, Unterengstringen, mit Kantonsrat André Bender.

Bezirk Hinwil/Dürnten
Dienstag, 1. August 2023, 16.00 Uhr, Gemeindeparkplatz, Oberdürntnerstrasse, Dürnten, mit Kantonsrat Daniel Wäfler.

Bezirk Hinwil/Seegräben
Dienstag, 1. August 2023, 13.00 Uhr, Wiese in Aathal, Seegräben, mit Nationalrat Alfred Heer.

Bezirk Meilen/Hombrechtikon
Dienstag, 1. August 2023, 18.15 Uhr, Grünrain 11, Hombrechtikon, mit Nationalrat Thomas Matter.

Bezirk Meilen/Oetwil am See
Dienstag, 1. August 2023, 20.00 Uhr, Festszelt beim FC-Hüttli, Oetwil am See, mit Nationalrat Thomas Matter.

Bezirk Pfäffikon/Wila
Dienstag, 1. August 2023, 20.30 Uhr, Festgelände Hofwies, Wila, mit Kantonsrat Domenik Ledergerber, Parteipräsident.

Bezirk Pfäffikon/Wildberg
Dienstag, 1. August 2023, 20.45 Uhr, Obere Luegeten, Wildberg, mit Kantonsrat Martin Hübscher, Fraktionspräsident.

Bezirk Uster/Egg
Dienstag, 1. August 2023, 12.15 Uhr, Chilbiplatz beim Bahnhof, Egg, mit Ständeratskandidat Gregor Rutz.

Bezirk Uster/Mönchaltorf
Dienstag, 1. August 2023, 20.00 Uhr, Silbergrueb Pavillon, Silbergruebstrasse, Mönchaltorf, mit Kantonsrätin Anita Borer.

Bezirk Winterthur/Dinhard
Dienstag, 1. August 2023, 20.00 Uhr, Markwalder Schürli, Dinhard, mit Nationalrat Benjamin Fischer.

Bezirk Winterthur/Hagenbuch
Dienstag, 1. August 2023, 20.00 Uhr, Schützenhaus, Hagenbuch, mit Nationalrätin Therese Schläpfer.

Bezirk Winterthur/Hettlingen
Dienstag, 1. August 2023, 12.00 Uhr, Mehrzweckhalle, Hettlingen, mit Kantonsrat Tobias Weidmann.

Bezirk Winterthur/Turbenthal
Dienstag, 1. August 2023, 18.30 Uhr, Schützenhaus, Turbenthal, mit Nationalrätin Therese Schläpfer.

Bezirk Winterthur/Wiesendangen
Dienstag, 1. August 2023, 21.00 Uhr, Wisenthal, Schulstrasse 27, Wiesendangen, mit Regierungsrat Ernst Stocker.

Bezirk Winterthur/Winterthur
Dienstag, 1. August 2023, 19.30 Uhr, auf dem Sessel, Winterthur-Seen, mit Kantonsrat Martin Hübscher, Fraktionspräsident.

Bezirk Winterthur/Zell
Dienstag, 1. August 2023, 19.30 Uhr, Wisen ob Langenhard, Zell, mit Regierungsrat Ernst Stocker.

Kanton Bern
Montag, 31. Juli 2023, 14.00 Uhr, Tellspielareal, Matten bei Interlaken, mit alt Bundesrat Christoph Blocher. Anmeldung unter www.proschweiz.ch.

Kanton St. Gallen
Dienstag, 1. August 2023, 10.30 Uhr, Festwirtschaft auf dem Ricken, mit alt Bundesrat Christoph Blocher.

Kanton Thurgau
Montag, 31. Juli 2023, 19.00 Uhr, Festplatz auf dem freien Feld zwischen Dozwil, Kesswil und Uttwil, mit Nationalrat Thomas Matter.



Ständeratskandidat
Gregor Rutz
im Einsatz

Dienstag, 1. August 11:00	Bundesfeier der Gemeinde Egg Fastenansprache von Gregor Rutz Chilbiplatz, 8132 Egg
17:00	Bundesfeier der Gemeinden Freienstein-Teufen und Rorbas Fastenansprache von Gregor Rutz Dorfplatz Teufen, Alte Landstrasse, 8428 Teufen
Sonntag, 13. August 11:30	Sommergrill in Küsnacht mit Gregor Rutz, Lilly Otth (Kand. GR), Nationalrat Thomas Matter und den Kantonsrätinnen Nina Fehr Düsel und Domenik Ledergerber Seehof, Hornweg 28, 8700 Küsnacht
Mittwoch, 16. August 19:00	Ersatz für den Wirtschafts- und Werkplatz Zürich mit Gregor Rutz, Nationalrätin Regina Sauter (FDP) sowie den Nationalräten Bruno Walliser und Benjamin Fischer Bereuter Holding AG, Schützenstrasse 55, 8604 Volketswil
Freitag, 16. August 18:30	Wahlaufakt Bezirk Bülach Stammwanderung zum Hardwald-Turm mit Gregor Rutz, Kantonsrätin Romaine Rogenmoser und den Kantonsräten Roman Schmid und Christian Pfaller Parkplatz BKA, Grindelstrasse 20, 8303 Bassersdorf



JA

ZUR SCHWEIZER NEUTRALITÄT



DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE

- Freiheit und Selbstbestimmung sichern
- Sicherheit, Frieden und Wohlstand bewahren
- Gute bilaterale Beziehungen zu allen Staaten pflegen

> neutralitaet-ja.ch